

Amflicher Anzeiger des
Landratsamtes Borken,
von Bürgermeisteramt
und Wemtern des Kreises
Borken.

Geldstellen:
Bocholt, Kreisamt. 14
Fernsprech. Sammel. Nr.
8064. — Rede: Tol
Heinrichs. — Anholter
W. Wolling. — Werth:
Th. Pallas. — J. Jell-
burg: Johann Welling.
Ringenberg: Schme-
derhaus. — Dingden:
Willy Schmig.
Organ
der Zentrumspartei.

Postverlagort:
Borken.

Bocholter - Borkener

Volksblatt

Postverlagort:
Bocholt.

Bezugspreis im Monat:
Abgabe von der Geschäftsstelle
2,-, ins Haus gebracht 2,50, durch die
Post 3,-. Einmalige Bezahlung 2,50.
In Fällen höherer Bezahlung, wie
Stell-, Sperr-, Betriebsbezahlung
usw. hat der Bezahler seinen An-
spruch auf Lieferung ab. Rückzahl.

Anzeigenpreise:
Für das erste Mal 12 Pfennig
12 Pfennig, lokale Anzeigen 7 Pfennig.
Familienanzeigen 7 Pfennig, kleine
(Gegenseitige) Anzeigen 6 Pfennig.
Behörden- und parteipolitische
Anzeigen 10 Pfennig. Für den all-
gemeinen (Zeno) Teil gelten
besondere Tarife.
Bei Anzeigen, die über längere
Zeiten laufen, wird der Preis
nach Absprache mit der Geschäftsstelle
für beide Teile festgesetzt.

Nummer 290

Mittwoch, den 19. Oktober 1932

Jahrgang 1932

Tagesfragen.

Was wird Leipzig bringen?

Der Abschluß der Verhandlungen vor dem Staatsgerichtshof in Leipzig gibt politischen Kreisen Stoff zur Erörterung über die Frage, wie das Urteil voraussichtlich ausfallen werde. Allgemein wird angenommen, daß die juristischen und sachlichen Darlegungen der Antragsteller, d. h. der alten preußischen Staatsregierung, mehrerer Fraktionen des Preußischen Landtags und der süddeutschen Länderregierungen auf dem Staatsgerichtshof eine große Wirkung hatten. Es wird vermutet, daß der Staatsgerichtshof wahrscheinlich die getroffenen Maßnahmen unter Hinweis auf Artikel 48, Absatz 2 der Reichsverfassung, sanktionieren wird, weil es sich hier um eine Ermessensfrage des Reichspräsidenten handelt, über die der Staatsgerichtshof nicht zu entscheiden hat. Dagegen wird damit gerechnet, daß das Vorgehen gegen Preußen, soweit es aus Artikel 48, Absatz 1, hergeleitet worden ist, vom Staatsgerichtshof keine Billigung finden wird. Man rechnet sogar mit der Möglichkeit, daß der Staatsgerichtshof vor der Urteilsfällung der Reichsregierung, als der beklagten Partei, eine Anregung geben wird, dem Reichspräsidenten vorzuschlagen, die Verordnung vom 20. Juli, soweit sie sich auf Artikel 48, Absatz 1, bezieht, aufzuheben. Damit wäre gleichzeitig eine Ehrenklärung für die preußische Staatsregierung verbunden, ohne daß sich an dem geschaffenen politischen Zustand etwas ändern müßte. Ob eine solche Anregung überhaupt möglich ist, wird zur Zeit erörtert. In politischen Kreisen wird vermutet, daß das zu erwartende Urteil keineswegs einen vollen Sieg der Reichsregierung bedeuten wird.

Korruption?

Der deutsche nationale Reichstagspräsident Graef sprach in einer Wahlversammlung in Halle das Wort: Jede sich national nennende Partei werde korrupt, wenn sie sich mit dem Zentrum einlasse. Sein Wort der Ermahnung gegen eine solche Freundschaft, nur eine Erinnerung! Wie korruptiert müßte sich eigentlich Herr Graef selbst vorfinden, wenn seine Äußerung richtig wäre? Denn, wenn wir uns recht erinnern, war Graef doch für das dritte Kabinett Marx als Justizminister auszuwählen gewesen und wäre es auch geworden, wenn nicht von anderen Koalitionsmitgliedern Einspruch erhoben worden wäre, auf Grund dessen er erst seine Kandidatur zurückzog. Seine Partei, die deutschnationale, beteiligte sich indessen am Kabinett. Vielleicht ist es, um diese „Korruption“ wettzumachen, gewesen, daß die Deutschnationalen nachher es nicht einmal über das Herz brachten, konzentriert, mit dem Zentrum zusammen für das Kontordat zu stimmen. Nun aber glauben die Deutschnationalen in Sachen Korruption vor den Wahlen im Klepper-Untersuchungsausschuß, der gestern seine Tätigkeit begann, einen scharfen Pfeil gegen das Zentrum abzuschießen zu können. Wenn er nur nicht auf den Schützen zurückprallt! Schon vor der Eröffnung des Untersuchungsausschusses war es gewissen Rechtsblättern nicht ganz wohl. So meinte die „Deutsche Allgemeine Zeitung“, die gewiß keiner Dummheit wegen, Klepper, Zentrum und der Sozialdemokratie verdächtig ist, die Manieren unseres politischen Kampfes seien so unangenehm geworden, daß das öffentliche Leben darunter leide, die Aktion des deutschnationalen Herrn Scheuer gegen Dr. Klepper sei eine Entgleisung, die wieder gut gemacht werden müsse, sie sei politisch nicht besonders klug, Männer wie Braun und Severing seien zwar scharf zu bekämpfen, aber sie hätten keine Hände, die Korruptionsklippe von 1932 übertriffe die Spioniererei von 1914. „Politisch nicht besonders klug!“ Dieses Wort mag in der ersten Sitzung des Untersuchungsausschusses Herrn Steuer mehr als einmal ins Gedächtnis zurückgekommen sein. Man sprach bereits vom Scheitern, dem ja Herr Eugen Berg nicht ganz fern steht, und von der „Deutschen Tageszeitung“, man sprach auch von der Korruption bei der Raiffeisenkasse, die der Preußenkasse etwa 100 Millionen kostete, wogegen die Deutschnationalen nichts einzunehmen gehabt hätten, von dem russischen Schleier und Hochstapler Uralsgen usw. Und man gedenkt des Bismarckschen Reptilienfonds, von dem gewisse Herren sehr gern zehrten, obwohl er viel mehr Kompromittierendes an sich hatte als die heutigen Subventionierungen. Die Deutschnationalen glauben mit dem Klepper-Untersuchungsausschuß Wahlgeldscheine machen zu können. Die Sache ist aber auf dem besten Wege, auf das Nutterende zu schlagen. Der Gelegenheitsmann, in denen sie keinen Wert darauf legen, ihr Reinlichkeitsbedürfnis zu bewahren, sind so viele, daß die Erinnerung an sie ihnen diese Spekulation auf die Wähler ganz gründlich verderben kann.

Trotz Hitler-Rede Stimmenrückgang.

Am Sonntag fanden in dem oberfränkischen Orte Seib Gemeinbewahlen statt. Selbst ist zwar nur ein kleines Dorf, aber die Wahlen erschienen den Nationalsozialisten doch so wichtig, daß Hitler selbst dort am vierten Tage seiner „Deutschlandfahrt“, also zwei Tage vor den Wahlen, erschien, um in die Propaganda für seine Partei einzugreifen, und zwar vor 12 000 Bauern und Forst-

arbeitern, die in Selbst den Führer erlebten“, wie der „Völkische Beobachter“ berichtete. Das Mündener nationalsozialistische Organ hatte gerade auf Grund der Veranstaltung in Selbst in einer großen Schlagzeile die „glänzenden Wahlergebnisse der NSDAP für den 6. November“ angekündigt und behauptet, es sei einfach nicht wahr, daß in der breiten Masse Müdigkeit oder Resignation gegenüber der nationalsozialistischen Bewegung Platz gegriffen habe. Es sei einfach nicht wahr, daß das Volk sich zur Freiheitsbewegung Adolf Hitlers nicht mehr mit der gleichen Begeisterung hingezogen fühle. Und nun die Sprache der abgegebenen Stimmen! Es entfielen bei 78 Prozent Wahlbeteiligung auf die Kommunisten 1926 (bei der letzten Reichstagswahl 2009), SPD 1242 (1633), Bürgerpartei 620 (keine Vergleichsziffer vorhanden), Nationalsozialisten 2472 (3192), und die Bayerische Volkspartei 295 (243) Stimmen. Auch dieses Ergebnis bestätigt also wieder den Eindruck, den man schon nach den Gemeinbewahlen der letzten Wochen in Ostpreußen, Schlesien und anderen Landesteilen hatte: Die Nationalsozialisten haben in Selbst fast 25 Prozent ihres Wählerbestandes vom 31. Juli verloren. Wenn wirklich 12 000 Bauern und Arbeiter mit jubelnder Zustimmung den Führer am Freitag „erlebt“ haben sollten, so hat dieses Erlebnis nicht verhindert, daß am Sonntag kaum der fünfte Teil davon nationalsozialistisch wählte. Verloren hat im gleichen Prozentfuß auch die SPD, während die Kommunisten sich ziemlich hielten und bemerkenswerterweise

die Bayerische Volkspartei trotz geringerer Wahlbeteiligung erheblich gewonnen hat. Aus einer Summe von Teilergebnissen, bei denen man im einzelnen in jedem Fall das Mißspielen lokaler Interessen vermuten könnte, zeichnet sich immer deutlicher der allgemeine Stimmungswandel ab, den die Wahlen vom 6. November in Zahlen wiedergeben werden. Der „Führer“ selbst wird daher auch schon beschwören. Am Sonntag fand in Koburg eine nationalsozialistische Kundgebung statt, in der sich Hitler die Ehrenbürgerurkunde der Stadt überreichen ließ. In einer Rede stellte Hitler die Entwicklung der NSDAP während der letzten zehn Jahre dar und erklärte, daß ihm heute 540 000 SA- und 60 000 SS-Leute zur Seite stünden. Wenn die Gegner glaubten, die NSDAP sei in der Auflösung begriffen, so würden sie am 6. November eine Antwort erhalten, daß ihnen Hören und Sehen verberge. Er habe die Hoffnung, daß die NSDAP aus dem Wahllampf unerschüttert hervorgehe. — Auf neuen Zuwachs magt also auch Hitler nicht zu hoffen, er wäre schon zufrieden, wenn seine Partei ihre Stimmengast halten könnte.

Neue Ruffen- aufträge.

Neue Aufträge der russischen Sowjetregierung scheinen für die deutsche Industrie einzugehen. Wie nämlich aus eingeweihten Kreisen verlautet, sind die Russen schon vor einiger Zeit an verschiedene deut-

liche Industrien herangetreten, um die Durchführung eines neuen großen Lieferungsprogramms zu vereinbaren. Es soll sich hauptsächlich um den Ausbau des russischen Verkehrsweges handeln. Ueber das Anfangsstadium sind diese Verhandlungen noch nicht hinaus gekommen. Es handelt sich, wie nämlich berichtet wird, um Lieferungen, die einen Betrag von rund 150 Millionen Reichsmark ausmachen. Beteiligt würde in der Hauptsache die Schwerindustrie sein, aber auch einige andere Industriezweige kämen in Betracht. Den Russen ist daran gelegen, möglichst rasch zu der Ausführung dieser Aufträge zu kommen. Bei der Schwierigkeit der Finanzierung ist jedoch mit längeren Verhandlungen zu rechnen. Wie es bisher bei den Russen üblich war, so verlangen sie auch dieses Mal wieder sehr weit gesteckte Zahlungsstermine. Nicht nur diese Termine, sondern auch die Garantien für die gesicherten Beträge machen großes Kopfschütteln. Ob es dieses Mal wieder zu einer Garantieübernahme durch die Reichsregierung kommt, muß dahingestellt bleiben. Zur Behebung einiger Industriezweige wäre es sehr zu begrüßen, wenn sich die Reichsregierung auch jetzt wieder entschließen könnte, einen Rückversicherungsvertrag für die deutschen Unternehmungen einzugehen. Wie verlautet, soll sich der Reichsverband der deutschen Industrie in dieser Richtung stark bemühen.

Die Vorwürfe gegen Dr. Klepper und die Preußenkasse.

Vernehmung von Dr. Klepper, Braun und Hirtfelder. — Der Reichskanzler soll geladen werden.

Korruptionsschnüffelei — Wahlmanöver.

× Berlin, 18. Oktober.
Die öffentliche Sitzung des Klepper-Untersuchungsausschusses des Preußischen Landtages, in der der ersten Zeugenvernehmungen über die Beschuldigungen erfolgen sollen, die gegen den früheren Finanzminister Dr. Klepper erhoben werden, hatte ein zahlreiches Publikum angelockt. Die Staatsanwaltschaft hatte in der Person des Staatsanwaltsrates Dr. Kreismann einen Vertreter der preußischen Regierung nicht vertreten. Die Zeugenvernehmungen sollen sich zunächst auf den Fall „Königliche Volkszeitung“ erstrecken. Insgesamt sind 16 Zeugen geladen. Nach dem Vorschlag des Vorsitzenden sollen zunächst Ministerpräsident Braun und dann die Minister Hirtfelder und Klepper vernommen werden. Minister A. D. Höpfer, A. Hoff und der Bischof Vogt von Aachen haben sich schriftlich entschuldigt. Zu Beginn der Sitzung beantragte

der Berichterstatter Abgeordneter Steuer (DN), sämtliche Zeugen vor ihrer Aussage zu verurteilen.

Abg. Heringer (3.) wies darauf hin, daß ein solches Verfahren noch nie in den Untersuchungsausschüssen üblich gewesen sei, worauf der Vorsitzende erwiderte, daß dieses Verfahren auch wiederholt zu

Unzutrefflichkeiten geführt habe. Abg. Sillat (Soj.) fragte, ob die Äußerung des Reichskommissars zugeleitet worden sind. Der Vorsitzende Abg. Zube (DN) erwiderte, er habe den Dienstweg über den Reichskommissar gewählt, weil er die Äußerung über den Reichskommissar vom Finanzministerium angefordert habe. Bei Sozialdemokraten und Zentrum erhob sich gegen dieses Vorgehen lauter Widerspruch.

Auch der Vertreter der Nationalsozialisten erklärte, er hätte zwar den Dienstweg über den Justizminister aber nicht über den Reichskommissar, der mit dem Ausschuss nichts zu tun habe, für richtig gehalten. Hier liegt eine Ueberbretung der Befugnisse des Vorsitzenden vor.

Der Vertreter der Nationalsozialisten erklärte weiter, daß er eine Vorverurteilung für bedenklich halte, zum mindesten gegenüber den Personen, die als Beschuldigte erscheinen. Vom Zentrum wurde den Deutschnationalen vorgeworfen, daß

für sie nur die Reichstagswahl im Ausschuss eine Rolle spiele. In das Verbalen des Vorsitzenden müsse das Zentrum schärfstes Mißtrauen legen.

Der sozialdemokratische Abgeordnete Dr. Hamburger erklärte, daß sogar mit Sonntagabend gearbeitet worden sei, um die Äußerungen zu klären. Nur die Ausschussmitglieder, die doch in erster Linie zuständig seien, hätten sie nicht einsehen können.

Im übrigen sei seine Partei der festen Überzeugung, daß strafbare Handlungen nicht vorliegen. Der Berichterstatter zog darauf seinen Antrag auf Vorverurteilung zurück und kündigte an, er werde von Fall zu Fall beantragen, daß der Ausschuss auf die Vereidigung verzichte, weil sich der Zeuge in der Rolle des Beschuldigten befinde.

Ein kommunistischer Antrag, den Vorsitzenden, der sich seiner Aufgabe als nicht gewachsen gefühlt habe, durch ein anderes Ausschussmitglied zu ersetzen,

wurde von dem Vorsitzenden unter Hinweis darauf nicht zur Abstimmung gebracht, daß nach dem Beschluß des Reichstages der Vorsitzende von der deutschnationalen Fraktion zu stellen sei und diese ihn damit beauftragt habe. Am Schluss der mehr als einstündigen Geschäftsordnungsansprache beschloß dann die Ausschussmehrheit, zunächst Dr. Klepper als Zeugen zu vernehmen.

Die Vernehmung des Ministers Dr. Klepper begann mit dem üblichen Hinweis auf das Aussageverweigerungsrecht des Zeugen für den Fall, daß er sich einer strafrechtlichen Verfolgung aussehe. Klepper erwiderte darauf, daß er von dieser Befugnis keinen Gebrauch machen werde. Aber

der Berichterstatter habe, bevor er sich zu den Vorwürfen äußern konnte, bereits ein Urteil über seine (Kleppers) Tätigkeit abgegeben, das er als eine ganz geistliche Verleumdung erklären müsse. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten und im Zentrum.)

Er müsse deshalb seine Erklärung über die Bereitschaft zur Aussage dahin einschränken, daß er Fragen des Berichterstatters nicht beantworten werde. Der Vorsitzende Zube erklärte dann, er behalte sich für den Fall der Aussageverweigerung vor, die Folgerungen daraus zu ziehen. (Juriste bei den Nat.-Soj.-Ordnungsfraktionen.) Abg. Steuer (DN) erklärte, daß er die in seiner Eigenschaft als Abgeordneter gefällten Werturteile politisch und ganz außer Acht lasse. — Der Zentrumsabgeordnete Heringer erinnerte daran, daß

vor einem anderen Untersuchungsausschuß sich auch ungünstig ein Zeug durch einen Berichterstatter habe verurteilt gesehen. Dieser Berichterstatter sei so anständig gewesen, durch eine Erklärung den Streit aus der Welt zu schaffen.

Der Vorsitzende stellte fest, daß er gegen Verleumdung von Zeugen einschreiten werde, worauf die Vertreter der Sozialdemokraten und des Zentrums darauf aufmerksam machten, daß der Berichterstatter dadurch, daß er soeben erklärt habe, er halte keine Ausnahmen über Klepper in vollem Umfang aus, sich, erneut den Zeugen beleidigt habe. Es wurde beantragt, in geheimer Sitzung diese Geschäftsordnungsdebatte fortzusetzen. Dieser Antrag des Zentrums wurde gegen die Antragsteller und die Sozialdemokraten abgelehnt. Dagegen wurde ein anderer Zentrumsantrag gegen die Deutschnationalen angenommen, daß der Berichterstatter Fragen an den Zeugen nur durch den Vorsitzenden stellen darf.

Dann kommt man endlich zur eigentlichen Vernehmung des Ministers Dr. Klepper.

Der Zeuge sagt aus, über das Geschäft der Preußenkasse mit der „Königlichen Volkszeitung“ sei zunächst eine Besprechung zwischen ihm und Minister Hirtfelder gewesen. Es sei davon gesprochen worden, daß der Kaiser-Berlag in Köln eine Kapitalerweiterung notwendig habe, daß es aber schwierig sei, die Mittel zu beschaffen, und daß insbesondere die Gefahr einer Beteiligung ausländischer Kapitals bestehe. Auf die Frage Hirtfelders nach einer Beteiligung der Preußenkasse habe er geantwortet, er halte es bei der politischen Bedeutung der Angelegenheit für richtig, diese Frage nur im Einvernehmen mit dem Finanzminister und dem Ministerpräsidenten zu entscheiden. Das Ergebnis der Besprechung mit diesen

Dr. Brauns bei den katholischen Arbeitervereinen Münchens.

Sie schließen sich dem Offenen Briefe an den Kanzler an.

× München, 18. Oktober.
In einer Kundgebung der katholischen Arbeiterschaft in München, in deren Mittelpunkt eine Rede des früheren Reichsarbeitsministers Dr. Brauns stand, erklärte Bischof von München, daß sich die süddeutschen Verbände geschlossen mit dem Offenen Brief einverstanden erklärten, den die katholischen Arbeitervereine Westdeutschlands an den Reichskanzler gerichtet haben.

Dem früheren Reichsarbeitsminister Dr. Brauns wurden in der Versammlung, an der zahlreiche führende Persönlichkeiten aus der bayerischen Politik teilnahmen, hürdische Huldigungen, insbesondere als Schöpfer der deutschen Sozialversicherung, dargebracht.

Dr. Brauns forderte vor allem eine Neuordnung in der Anwendung der Produktionskräfte. Die Weltfrage verlange eine internationale Regelung der Produktion und des Betriebs, etwa durch Konventionen. Mit Lohnsenkungen könne man der Arbeitslosigkeit nicht mehr begegnen, denn das Lohnniveau sei bereits so tief gesunken, daß die Wirtschaft dadurch geradezu gehemmt werde. Auch eine Bekämpfung der Arbeitslosigkeit durch eine „deutsche Autarkie“ müsse als unwirksam und gefährlich abgelehnt werden.

Erdbeihilfe Minderungen der Arbeitslosigkeit hält Dr. Brauns nur inforn für möglich, als man einen großen Teil der deutschen Arbeiterschaft wieder wie früher und auf eigener Scholle teils mit gewerblichen und

handwerklichen, teils mit landwirtschaftlichen Arbeiten beschäftigen. Der landwirtschaftliche Betrieb könnte dem Arbeiter dann als Rückhalt dienen.

An der Tagesordnung der Versammlung stand die Durchsicht des Tarifvertrages des Bundes der Deutschen Arbeitervereine. Ein Tarifvertrag, den man seine Unbedingtheit nehme, sei kein Tarifvertrag mehr. Es sei eine soziale Ungerechtigkeit schwerer Art, wenn man lediglich der Arbeiterschaft Opfer aufbürde.

Auf Seiten der Kartelle erfolge jedoch keine Voderung der Bindungen! Scharf polemisierte Dr. Brauns gegen die Handels- und Außenpolitik, die Deutschland wieder isoliert habe.

Die Rede des früheren Arbeitsministers Dr. Brauns läßt an Deutlichkeit ebenso wenig zu wünschen übrig, wie die des Präsidenten Dr. Raas in München. Besonders die Rede wird in den Berliner Blättern „als der prägnanteste Beitrag zur politischen Diskussion um die Politik von Papens angesehen“. Man hält in Berlin eine Antwort des Reichskanzlers für selbstverständlich. Montag der kommenden Woche will der Kanzler ohnehin in Berlin vor eine Versammlung von Handwerksvereinigungen treten. Man hörte, daß von Papen bei dieser Gelegenheit auch auf den Offenen Brief eingehen wolle, den der frühere Reichstagspräsident Lohse an den Reichspräsidenten gerichtet hat. Da bislang vor Montag eine Rede des Reichskanzlers nicht angeht, ist anzunehmen, daß der Reichskanzler die Berliner Versammlung ebenfalls zum Anlaß für die Antwort an Prälat Dr. Raas nehmen wird.

Serren sei gewesen, daß die Transaktion so durchgeführt wurde, wie es geschehen ist.

Vorliegender: Minister Dr. Höpfer-Mischoll soll gesagt haben, Staatsmittel würden für diesen Zweck nicht zur Verfügung. Die einzige Möglichkeit sei eine Beteiligung der Preußentasse, falls deren Direktorium ein solches nicht zum Aufgabenträger der Preußentasse gehören würde, was nach dem Inhalt der Preußentasse zu schließen ist. Minister Höpfer-Mischoll hat sich demgegenüber in der Presse geäußert. (Große Unruhe rechts.)

Über unsere Ausgaben werden darin übereinstimmen, daß er mit der Transaktion einverstanden war. Auch Dr. Höpfer-Mischoll war einverstanden. Die Preußentasse war von vornherein, staatliche Mittel dafür in Anspruch zu nehmen, die Mittel der Preußentasse aber nur vorübergehend.

Es ist fälschliche Praxis gewesen, solche Geschäfte durchzuführen, wenn es mit Zustimmung der Staatsregierung geschieht. Derartige Geschäfte sind sowohl in der Vor- als auch in der Nachkriegszeit durchzuführen worden. Ich erinnere nur an den

Bereitschaftsbeitrag, den die Preußentasse 1914 im Einvernehmen mit der Staatsregierung für die Übernahme des Scherl-Verlags zur Verfügung gestellt hat.

Der Vorliegender verliest dann ein Schreiben, in dem der Heimbank von der Preußentasse ein Kredit von 1,76 Millionen Mark eingeräumt wird. Dieses Schreiben kamte vom 1. Juli 1930, während die Gründung der Göringhaus AG, für die das Geld bestimmt war, erst am 1. September erfolgte. Die Frage des Vorliegender, ob die „Königliche Volkszeitung“ sich in Zahlungs-schwierigkeiten befunden habe, verneint der Zeuge. Daß die Gründung des Verlags erst später erfolgte, hänge damit zusammen, daß ursprünglich noch ein anderer Partner ein Aktienpaket übernehmen sollte. Auf eine weitere Frage des Vorliegender, ob der Zeuge, der die Gründung der Göringhaus AG aus dem Besitz der „Königlichen Volkszeitung“ sei, nicht etwa erfolgt, um dem Göringhaus-Verlag finanzielle Mittel zu verschaffen, sondern aus denselben Gründen, die zur Beteiligung an der „Königlichen Volkszeitung“ geführt hätten.

Dann warf der Vorliegender die Frage auf, ob die Mittel, die man hier für die „Königliche Volkszeitung“ aufgewendet habe, nicht besser für die Genossenschaft verwendet worden wären. Dr. Klepper erwiderte, das sei eine Frage, die mit dem Gegenstand der Vernehmung nichts zu tun habe.

Offensichtlich sei der Ausschuss in einer politischen Aufgabe und nicht bei einer Zeugenvernehmung.

Der Vorliegender erklärte darauf, daß er müsse den Zeugen bitten, den nötigen Ernst bei der Sache zu bewahren. Klepper erklärte dann im einzelnen, die Preußentasse sei immer in der Lage gewesen, die notwendigen Kredite zur Verfügung zu stellen. Wenn sie zur Zahlung gegenüber den Genossenschaften geübt habe, dann sei das niemals aus Geldmangel geschehen, sondern immer nur aus allgemeinen kreditpolitischen Gründen, und diese Politik habe sich geändert. Es könne keine Rede davon sein, daß durch die Kreditpolitik der Preußentasse die Landwirtschaft in Schwierigkeiten gekommen wäre.

In der Nachmittags-Sitzung wurde die Befragung des Finanzministers Klepper fortgesetzt. Einige Fragen des Vorliegender auf Verlangen des Berichterstatters, die der Zeuge richtete, zielten darauf ab, festzustellen, wie der Staat einfluß auf die „Königliche Volkszeitung“ ausüben wollte, die er mit seinen Mitteln unterstützte. Klepper erwiderte, es sei Zweck dieser Aktion gewesen, die Zeitung aufrecht zu erhalten. Infolgedessen habe der Staat keinerlei Sicherheiten für die politische Richtung gebürgt.

Auf die Frage des Abg. Muls (NS), wer für das Geschäft mit der „Königlichen Volkszeitung“ verantwortlich sei, der Präsident der Preußentasse Dr. Klepper oder der Finanzminister, erwiderte Zeuge Klepper: Beide. Weiter sagte Finanzminister Klepper, daß man mit einem Verlust aus dem Geschäft mit der „Königlichen Volkszeitung“ rechnen mußte, wenn keine Dividende gezahlt wurde. Später sei allerdings eine Dividende gezahlt worden, und das Risiko sei übernommen worden, sei ihm klar gewesen. Abg. Dr. Muls (NS): Das hätte ich festgehalten, Herr Staatsanwalt. (Lachen links.) Dann hat Abg. Dr. Muls nochmals auf das Aktienpaket der „Germania“ zu sprechen. Klepper erklärte, alle Aktien der „Germania“, deren man habhaft werden konnte, wurden damals auf gekauft, um zu verhindern, daß ein bestimmter Großaktionär die absolute Majorität erlangen konnte. (Wer war denn das?) Der Herr Reichsfinanzminister (Bewegung).

Abg. Muls: War dem Hauptaktionär diese Tatsache bekannt? Klepper: Das weiß ich nicht. — Dr. Muls: Dann muß er vernommen werden. (Bewegung.) Auf Fragen des Abg. Eiler (3.) befragt ihn Klepper, daß ihm Gerüchte bekannt seien, daß

auch sonst Gelder des Staates oder des Reiches zu Gunsten von Zeitungen, wie der „Deutschen Allgemeinen“ oder der „Deutschen Tageszeitung“ verwendet worden seien. Er bestätigte dem Abg. Eiler (3.), daß der Gehalt des Statuts der Preußentasse noch gültig sei, der die Preußentasse befugt, sich aus „allen anderen Geschäftsfeldern“ zu beteiligen. Es sei auch keine Ermessungsfrage, ob die Preußentasse ein Geschäft machen könne oder nicht. — Abg. Rau (Komm.) erwidert, wonach Gelder der Preußentasse für die Reichspräsidentenwahl verwendet worden seien. — Klepper: Darüber will ich nicht Auskunft geben. (Abg. Rau befragt den Kommunisten und bei den Nat.-Soz.) Abg. Rau (Komm.): Halten Sie es für zulässig, daß Zeitungen irgendeiner Parteirichtung mit Staatsmitteln finanziert werden? Klepper: Eine generelle Weigerung zu dieser Frage habe ich weder getan noch beabsichtigt. Im weiteren Verlauf der Vernehmung Kleppers meinte der Vorliegender,

daß das finanzielle Vertrauen zur Preußentasse in der Tat nicht erschüttert sei, da es sich bei dem Geschäft mit der Göringhaus AG nur um einen ganz vorübergehenden Bruchteil des Kapitals handelte.

Abg. Rau (Komm.) kam nochmals auf seine Frage zurück, über die der Minister eine Auskunft ablehnte, nämlich ob im Zusammenhang mit der Präsidentschaftswahl ein Ausschuss Mittel von der Preußentasse gegeben seien. Klepper betont, in vollem Bewußtsein seiner Auslagepflicht eine Aussage darüber abzulehnen. Ich lehne, so erklärt Klepper, die Aussage ab und stelle anheim, daß der Ausschuss die Maßnahmen ergreife, die er für angezeigt hält. Im übrigen brauche er die Aussage-erlaubnis des alten Staatsministeriums. Abg. Eiler (3.) befragt die Frage des Abg. Rau als nicht zulässig. Es entwickelt sich über diese Frage und ihre Beantwortung eine längere sehr erregte Gedächtnisdebatte, bis schließlich eine Ausschussmehrheit, bestehend aus Nationalsozialisten, Deutschen und Kommunisten, beschließt, die Frage für zulässig zu erklären. In nichtöffentlicher Sitzung soll erörtert werden, von welcher Seite die Auslagegenehmigung eingeholen sei, vom Staatsministerium oder vom Reichsfinanzminister. In der fortgesetzten Befragung bestätigt Klepper,

daß unter seinem Vorgänger Gelder der Preußentasse zu verschiedenen Finanzierungen verwendet worden seien, wie auch im Reichsfinanzministeriumswahlgebiet festgestellt wurde. Er handelte sich dabei um etwa 100 Millionen.

Wahlaufbruch der Bayerischen Volkspartei.

Für Heimat, Recht und Ordnung.

München, 18. Oktober.

Unter der Devise „Auf zu neuem Kampf für Heimat, Recht und Ordnung“ veröffentlicht die Landesleitung der Bayerischen Volkspartei den Wahlaufbruch zu den bevorstehenden Reichstagswahlen.

Sie erklärt in der Reichstagsauflösung vom 12. September einen Angriff auf die Lebensinteressen des deutschen Volkes. Immer wiederholte Wahlen seien kein Mittel, um Brot und Arbeit zu schaffen. Deshalb habe die Bayerische Volkspartei alles getan, um den letzten Reichstag arbeitsfähig zu machen und eine Zusammenarbeit zwischen Volkspartei, Reichspräsidenten und Reichsregierung herbeizuführen. Der neue Reichstag müsse eine arbeitsfähige Mehrheit bekommen. Nationalsozialisten und Kommunisten würden als Mehrheit auch den neuen Reichstag arbeitsfähig machen.

Es sei daher das Ziel der neuen Wahl, diesem politischen Radikalismus die Mehrheit zu nehmen, Kampf gegen jede Diktatur, gegen die Diktatur einer Klasse, einer Person oder einer dünnen Schicht.

Die Bayerische Volkspartei kämpfe für eine wahrhaft deutsche und christliche Demokratie. Bei einer Reform unseres Wahlrechtes lehne die Bayerische Volkspartei den Gedanken ab, durch Geld oder Besitz privilegierte Klassen zu schaffen. Die Partei sei für eine Reichsreform und wolle, daß die Länder die Rechte wieder erhalten, die ihnen die Verträge von 1871 gewährt hätten.

Inbesondere müsse den Ländern wieder ihre Eigenständigkeit gegeben werden. Die Reichsgesetzgebung müsse maßgebend bestimmt werden von den Ländern. Die Vertretung der deutschen Länder müsse als gleichberechtigtes Gleichgewicht dem Reichstag gegenüberstehen.

Die Reichsreform dürfe nicht von Berlin aus dem deutschen Volke aufgezwungen werden. In der Außenpolitik kämpfe die Bayerische Volkspartei für uneingeschränkte Gleichberechtigung des deutschen Volkes auf allen Gebieten, für Recht und Freiheit der deutschen Nation. Deshalb unterstütze sie jede Regierung im Kampf um deutsche Sicherheit und deutsches Wehrrecht. Die Partei begrüße jede Initiative, die eine Belebung unserer Wirtschaft und eine Minderung der Arbeitslosigkeit verpflanze. Nur mit Hilfe eines freien schöpferischen Unternehmertums und mit einer in ihren sozialen Menschenrechten und ihrer staatspolitischen Gleichberechtigung gestärkten Arbeitsgemeinschaft könne die Wirtschaft wieder aufgebaut werden. Sozialismus sei kein Mittel zur Gesundung der Wirtschaft. Der Schädigung Bayerns und des deutschen Südens, wie sie die bisherige deutsche Wirtschaftspolitik gebracht habe, sage die Partei den härtesten Kampf an.

Sie erhebe ihre Stimme gegen Maßnahmen auf dem Gebiete der Sozialpolitik und des Arbeitsrechtes, die in der Arbeitsgemeinschaft das Gefühl von Rechtslosigkeit und des Zurückgeworfenseins in proletarische Entrechtung erwecken müssen.

Sie wende sich insbesondere gegen einseitige Belastungen, die den Arbeitnehmern, den Sozialrentnern und den Kriegsoffizieren durch die Notverordnungen auferlegt wurden. Die Partei wolle tatkräftig an einem neuen Deutschland mitarbeiten. Sie lasse sich dabei aber auch nicht zum willenlosen Werkzeug der Berliner Politik machen.

Der Aufruf schließt: Die Bayerische Volkspartei gehe unabhängig, ungebunden und frei nach allen Seiten in einen Wahlkampf, der auch über Bayerns Stellung in Deutschland entscheide. Es gelte Bayerns Stimme einzuleiten in der deutschen Politik.

Kabinettskrisen.

Rücktritt der belgischen Regierung.

Brüssel, 18. Oktober.

Das gesamte belgische Kabinett ist heute im Anschluß an einen Ministerrat zurückgetreten, da sich der Ministerpräsident weigerte, die Auflösung von Kammer und Senat durchzuführen. Man rechnet mit einem Geschäftsministerium, das als einzige Aufgabe hat, Kammer und Senat sofort aufzulösen. Der König soll sich in diesem Sinne ausgesprochen haben. Es handelt sich hier nicht um eine gewöhnliche Kabinettskrisis, sondern um eine Krise des Regimes.

Neue Schwierigkeiten des französischen Kabinetts.

Paris, 18. Oktober.

Der Finanzausschuss der Kammer sollte heute nachmittag mit der Beratung des Haushaltsplanes für 1933 beginnen, der ein Defizit von zwölf Milliarden Franken aufweist. Trotz dringender Vorstellungen des Budgetministers und des Generaldirektors der Kammer, wenigstens mit der Beratung einiger Ausgabenposten zu beginnen, beschloß der Ausschuss, zunächst die Mittelgeber der Regierung über ihre Haushaltsanforderungen zu hören. Die Minister treten morgen nachmittag zu einem Kabinettsrat und Donnerstag vormittag zu einem Ministerrat zusammen, um sich über die vom Finanzausschuss der Kammer erwarteten Maßnahmen zu verständigen. Der Finanzausschuss hat sich auf Donnerstag nachmittag vertagt. Die Schwierigkeiten, in die die Regierung durch das Verhalten des Finanzausschusses der Kammer verwickelt worden ist, gehen u. a. aus einem von der Marinogruppe angehörigen Auswahlschreiben eingetragenen Antrag hervor, in dem die Durchführung des Budgetausgleichs unter Vermeidung jeder Erhöhung oder Verrückung der Inflation, jeder Steuererhöhung und jeder Anleiheformel verlangt wird. Dieser Antrag richtet sich u. a. gegen die von der Regierung be-

Wegen der 1. Et. erfolgten Finanzierung des Scherl-Verlages seien Vorwürfe gegen die Preußentasse nicht erhoben worden.

Abg. Muls (NS): Ist Ihnen bekannt, daß Gelder für Bewehrung der nationalsozialistischen Bewegung an einen Ausschuss gegeben worden sind? — Klepper: Die Beantwortung dieser Frage muß ich ablehnen. (Zurufe bei den NS: Das genügt!) Abg. Steuer (Dnt.) meinte, daß dem Scherl-Verlag außer einigen „moralischen Vorteilen“ keinerlei finanzieller Nutzen zugeflossen sei. Der Abg. Schmeißer (3.) erklärt am Schluß der Vernehmung des Zeugen Klepper,

wenn die Preußentasse zur Zeit der Reichstagsauflösung so geleistet worden wäre, wie in der Aussage des Zeugen Klepper, dann würde die Korruption bei der Reichstagsauflösung als möglich gewesen sein.

Es wurde dann der preußische Ministerpräsident Dr. Brauns vernommen. Er erklärte, daß er in dem vorliegenden Falle keinerlei politische Bedenken gegen die Herabgabe der Mittel gehabt habe. Im Gegenteil sei ihm die Sache aus Rechts- und grenzpolitischen Gründen sehr erwünscht gewesen. Das Plenum des Staatsministeriums habe sich mit der Sache nicht befaßt. Auf die Frage, ob die Herabgabe der Mittel für den vorliegenden Zweck nach seiner Ansicht zu dem Aufgabenträger der Preußentasse gehört habe, erwiderte Dr. Brauns (ironisch), daß er geglaubt habe,

der Aufgabenträger der Preußentasse außerordentlich weit gegangen sei, da es in Millionen für einen einzigen Scherl-Verlag und Scherl-Verlag wie andere Ausgaben habe.

Auf die Frage der Kommunisten, ob Gelder für die Reichspräsidentenwahl ausgegeben worden seien, erwiderte der Zeuge, daß ihm nichts davon bekannt sei. Wenn er etwas davon wisse, so betonte er, so würde er aus staatspolitischen Gründen keine Auskunft geben. Als im Justizministerium verhörendes Reichs- und Reichsjustizministerium laut wurden, wurde von Justizminister die Kammerung des Justizministeriums gefordert. Schließlich wurde dieser Antrag aber zurückgezogen.

absichtliche Kürzung der Beamteneinkünfte und Pensionen und gegen die härtere Besteuerung der freien Berufe.

Der tschechische Ministerpräsident Udrzal legt sein Amt nieder.

Prag, 18. Oktober.

Ministerpräsident Udrzal hat heute seine Ämter in Karlsbad unterbrochen und ist nach Prag zurückgekehrt. Wie das Blatt „Pravda“ meldet, hat Udrzal in einer Sitzung des Präsidiums der Republikanten Agrar- und Kleinlandwirte-Partei mitgeteilt, sein Gesundheitszustand lasse es nicht zu, daß er weiter das Amt des Vorsitzenden der Regierung in dieser überaus schweren Zeit ausübe, welches volle Kräfte erfordere. Das Präsidium erkannte die Gründe des Ministerpräsidenten an und sprach ihm die Anerkennung für die bisher geleistete schwere Arbeit aus. Das Präsidium beschloß sodann einstimmig, den Abgeordneten Malypetr zu betrauen, mit den übrigen Parteien über die Lösung der neuen politischen Situation zu verhandeln.

Rücktritt des rumänischen Kabinetts.

Sinaia, 17. Oktober.

Ministerpräsident Baida hat heute nachmittag dem König die Gesamtemission des Kabinetts, die vom König angenommen wurde, überreicht. Nach der Audienz erklärte Ministerpräsident Baida dem Vertreter der amtlichen Nachrichtenstelle, daß der König ihm bis zur Bildung der neuen Regierung mit der Weiterführung der Geschäfte betraut habe. Der König hat alsbald die Befehlsgewalt zur Lösung der Krise begonnen und den früheren Innenminister Mihalaka zur Audienz berufen.

* Bukarest, 18. Okt. Der König hat Maniu die Bildung der Regierung angetragen. Maniu hat sich eine Frist zu Befragungen mit seinen Parteifreunden vorbehalten.

Minister A. D. Hirtle erklärte, daß er sich für die Angelegenheit aus grenzpolitischen Gründen entschieden habe. Es wurde darauf beschlossen, als neue Zeugen u. a. zu laden den Reichsfinanzminister von Bayern und den Staatssekretär Brand. Der Reichsfinanzminister soll über den Verlauf der „Germania“-Aktien durch die Preußentasse berichtet werden.

Auf die Vernehmung der heute geladenen Kölner Zeugen Konrad Stöck und Viktor Mannig wurde vertagt, da sie nur daselbst ausfragen könnten wie Konrad Stöck, der am Mittwoch gehört werden soll. Die Entschädigung des Bischofs Vogt-Waden wurde als ausstehend befunden. Im Anschluß an die öffentliche Sitzung fand noch eine vertrauliche Sitzung des Ausschusses statt. Es wurde beschlossen, beim Staatsministerium vorstellig zu werden, damit der Zeuge Klepper zur Beantwortung der Frage über die Vergabe von Geldern der Preußentasse anlässlich der Reichspräsidentenwahl die Auslagegenehmigung erhält.

Frankreichs erste Kammer.

In Frankreich haben am Sonntag die Senats-erneuerungswahlen stattgefunden; es waren drei Wahlgänge nötig. Das Wahlergebnis ist folgendes: 111 zu vergebende Sitze verteilen sich auf:

Rechtskammer	6	Gewinn 0	Verlust 1
Rechtskammer Republikaner	11	8	2
Rechtskammer Sozialisten	26	6	10
Rechtskammer Radikale	18	8	6
Radikale	49	10	7
Sozialisten	1	0	1
Kommunisten und Dissidenten	0	0	0
Gesamt:	111	27	27

Man kann danach sagen, daß Herriot im allgemeinen nicht schlecht abgeschnitten hat. Seine Regierung wird im Luzemburg, dem Sitz der „Hohen Versammlung“, parteimäßig auch künftig ebenso über eine Mehrheit verfügen wie in der Kammer, im Palais

Bourbon. Damit ist freilich noch nicht gesagt, daß sie in dem Senat unbedingt eine sichere Stütze sehen kann. Das Oberhaus führt in der Politik Frankreichs ein Eigenleben, das nicht zuletzt von dem Gedanken geleitet wird, wie es seine eigene Autorität gegenüber der Kammer behaupten kann. Daraus ergibt sich stets eine gewisse Oppositionsstellung gegenüber der jeweiligen Kammermehrheit, und sobald die Regierung sich allzu sehr auf die Kammer stützt, hält der Senat ein Stangegeißel ab und zeigt durch ein kräftiges Mißtrauensvotum, daß er auch noch da ist. Der Senat hat mit aus diesem Grunde in einer schwierigen Zeit der Außenpolitik Poincarés Widerstand geleistet. Er würde trotz seiner Linksmehrheit sich sicherlich auch gegen die Linksinregierung Herriots wenden, wenn Herriot einmal die Absicht haben sollte, eine ausge-sprochene Linkspolitik zu treiben. Bisher jedoch hat der Senat dazu noch keinen Anlaß gehabt.

Neues Devisenabkommen mit Italien.

Berlin, 18. Oktober.

Mit Italien ist ein neues Devisenabkommen geschlossen worden, das am 16. Oktober 1932 in Kraft getreten ist. Mit diesem Zeitpunkt sind die von der italienischen Regierung verhängten Sperren für Zahlungen nach Deutschland aufgehoben worden. Das neue Abkommen unterzeichnete sich von dem im Juni d. Js. abgeschlossenen Abkommen vor allem dadurch, daß nunmehr ein besseres Verhältnis zwischen der deutschen und der italienischen Währung hergestellt worden ist. Diese neue Bestimmung ist deshalb von besonderer Bedeutung, weil damit die Aktivität der deutschen Handels-tätigkeit gegenüber Italien festgelegt ist.

Die deutsche Kontingentierungsdelegation in Paris.

Paris, 18. Okt. Die deutsche Delegation, die zu Befragungen über die Kontingentierung mit der italienischen Regierung in Rom verhandelt hat, ist heute in Paris eingetroffen, um auch hier Befragungen über die Kontingentierungsfrage einzuleiten. Die Befragungen mit der französischen Regierung werden morgen beginnen.

Änderung der Schlachtsteuer vor dem Staatsrat.

Berlin, 18. Oktober.

Der Preussische Staatsrat nahm am Dienstagabend eine Verordnung zur Kenntnis, durch die der Schlachtsteuerbefreiung abgeändert wird. Haus-schlachtungen von Schweinen, Kälbern und Schafen ganz oder zum Teil von der Steuer zu befreien. Zur Kenntnis genommen wurde auch eine Veränderung der Durchführungsbestimmungen zur Verordnung über die Aufwertung von Sparguthaben, die einige Fristverlängerungen vorsieht. Am Mittwoch will der Staatsrat u. a. die Verordnung über die Aufhebung und Änderung von Amtsgerichtsbezirken beraten, am Donnerstag wird er sich voraussichtlich mit der sogenannten kleinen Verwaltungsreform vom 3. September 1932 befassen.

Die Sprengstoffanschläge in Schlesien. Haftbefehl gegen einen SA-Oberführer.

Breslau, 18. Oktober.

Gegen den Oberführer der SA-Untergruppe Mittelschlesien-Süd, von Obernitz, und seinen Adjutanten, den Grafen Sprett, ist im Zusammenhang mit den Sprengstoffanschlägen im Kreis Nimptsch Haftbefehl erlassen worden. Beide werden festgenommen gesucht. Die Ermittlungen werden ferner zur Festnahme eines SA-Mannes aus Reichenbach geführt.

Waffenbeschlagnahme in Rotterdam.

Rotterdam, 18. Okt. Die Polizei hat im Hafen-viertel eine größere Menge von Waffen, hundert Revolver und 2500 scharfe Patronen, beschlagnahmt, die nach Deutschland geschmuggelt werden sollten. Im Zusammenhang mit dieser Angelegenheit ist ein als Schmuggler bekannter belgischer Staatsbürger verhaftet worden.

Moritz Dornier †

München, 18. Oktober.

Moritz Dornier, der Bruder und Mitarbeiter des Flugzeugbauers Dr. Ing. h. c. Claudius Dornier, ist am Dienstag in München an den Folgen einer Operation gestorben. Die Operation war nötig geworden durch ein Leiden, das sich Moritz Dornier als Leutnant der Reserve auf dem Kriegsschauplatz in Deutsch-Südwestafrica zugezogen hatte.

Ludwig Lang-Oberammergau †

Oberammergau, 18. Oktober.

Schultheiß-Schul-Direktor a. D. und Ehrenbürger der Gemeinde Oberammergau, Ludwig Lang, ist im Alter von 88 Jahren gestorben. Ludwig Lang erlernte das Schnitzereihandwerk und bildete sich in München als Bildhauer weiter aus. Die gemeindliche Zeichen- und Modellierschule in Oberammergau wurde von Ludwig Lang zur Schnitzerschule ausgebaut. 40 Jahre lang war er an der Spitze dieser Schule, die auch von der Kreis- und Landesregierung unterstützt wurde. Die Schnitzerschule wurde im Laufe der Jahre die bedeutendste Schule für die weltberühmte Oberammergauer Passion. Auch bei den Passionsspielen entfaltete Ludwig Lang eine hervorragende Tätigkeit. Zweimal hatte er die Oberleitung der Spiele inne. Ludwig Lang ist nicht zu verwechseln mit dem bekannten Christus-Darsteller Anton Lang.

Schweres Eisenbahnunglück in Frankreich.

Paris, 17. Oktober.

Sonntagabend fuhr unweit des Bahnhofs Cérances (Departement Manche) ein vollbesetzter Personenzug in höchster Geschwindigkeit auf einen rangierenden Güterzug auf. Die ersten Wagen des Personenzuges und mehrere Wagen des Güterzuges wurden vollständig zerschmettert. 7 Reisende, fünf Männer und zwei Frauen, wurden als Leichen geborgen. 15 Reisende wurden schwer verletzt.

Aus

8. Böholt, 19. fells an der D. Refektor ernannt. 1920 in Böholt t. er die Leitung d. er am 1. Juli 19

8. Böholt, 19. Reihe der Böhlo Ronau (Brin. Stenau (Burg. guter Körperlich. burschig besehen. Herr Steffen in f. jouniger Lebensst

Sturm

Ueber Böholt. Heule trieb die Wiese. Jagte sie erst recht Wind dem neuen spielte und ihn i. her trieb. Ganz Damen. Sie fies. beileiste nicht! K. Kluch der...

Schwere Regen. sich her. Mit Bo. polterten Dachziegel. ten. Der Hauswi. Zeitgenossen, dem. kommen ist. Der. der Glaser, sind. Lot hien!

Weshalb es el. wissen. Ich habe. Kirmesmann unter. Karussells beschä. gar viel zu schaf. gutmütige Mann. den Kopf doch nich. halt auch einmal. natürlich auch mit. und hat einem a. der nichts davon r. So, seht miffen. so stillmisch war.

m

Der Böholtzer Jahn

Nach einer für. 1932 aufgestellten. Böholt zum Verbr. 4 610 288 Liter, u. Bevölkerung von 1. je Tag entkräft. beträgt der Mißg. 0,25 Liter je Tag. in Böholt um 0. braucht und zur. Mißg betrug währe. 9 828 284 Liter. M. lieferten Mißg z. Böholt zu Mißg. arbeiteten wurden.

Bekämpfung

Eine Au

Bereits des öft. diesjährig sehr it. im Stadtgebiet au. durch den Kartoffel. betroffenen Anbau. mit Recht behaupt. des Reiches mehrze. zweide unbrauchbar. leuchten Böden noch. Alle diese Nachteile. Kartoffelfortoren zu. bekanntgegebenen V. Kartoffelanbau du. schäftslehre allgem. geeignetes Saatgut. ferner mit einer. freies in den näch. Befuß der Verfan. empfohlen.

Gegen W

Verhandl

Der Verein für. Der bevorstehende. Heimatbund veranla. die Verhandlung. der Wapropagand. zieten die vermitte. Wahl die weitausf. farie der Parteien. bild vollständig be. sind in ihrer brutal. licher, als sie oft. an Jellen, Wäden. zwar meist in unee. Oft find diese unee. vorgenommen, daß. ihrem Kostenaufwan. Vorbereitung der. weitere Steigerung. weitausf. Volk kan. der Heimat erwart. halb aufzuheben, ih. Zurückhaltung. reichlichen Maße. Verbermitteln zu b. gleichgültig gebeten. Schube des Landf. Verhandlungen d.

nicht gesagt, daß sie
idgere Stühle sehen
Politik Frankreichs
dem Gedanken ge-
autorität gegenüber
aus ergibt sich stets
gegenüber der
bald die Regierung
t, hält der Senat
ein kräftiges Miß-
st. Der Senat hat
hewichtigen Zeit der
nd geleistet. Er
sch sicherlich auch
wenden, wenn
ste, eine ausge-
Wischer jedoch ha-
gefabt.

mit Italien.

in, 18. Oktober.
isenabkommen ge-
1932 in Kraft ge-
die von der ita-
Sperrma-
aufstand aufge-
unterge-
abgeschlossenen Ab-
mehr ein be-
der deutschen Aus-
den Einfuhr nach
g. Diese neue Be-
bedeutung, weil da-
gen Handels-
g ist.

gation in Paris.
gation, die zu Be-
gen mit der ita-
it hat, ist heute in
eprachungen
gefrage einzu-
transatlantischen Re-

steuer vor

n, 18. Oktober.
n Dienstag abend
rt, durch die der
rt und der preu-
ausländische
en und Scha-
steuer zu be-
wurde auch eine
ngen zur Verord-
paragrafen, be-
n vorsteht. Am
Verordnung über
von Amts-
nuerstag wird er
kleinen Verwal-
schäftigen.

n Schlesien.

Überführer.
n, 18. Oktober.
S. U. Unter-
von Obernitz,
Spreti, ist im
hagen im Kreise
worden. Beide
die Ermittlungen
S. U. Mannes aus

sterdam.

hat im Hafen-
n, hundert
atronen, be-
nd gelung-
ng mit dieser An-
kannter belgischer

r †

n, 18. Oktober.
rbeiter des Flug-
ier, ist am Dien-
iner Opera-
näßig geworden
er als Deutnant
Deutsch-Italien

bergau †

n, 18. Oktober.
Chrenbürger bei
Lang, ist im
n.

reihandwert und
weiter aus. Die
e in Oberammer-
gerische Schule, die
rung unterstützt
Laufer der Jahre
überwiegend Ober-
Wassionspielen
agende Tätigkeit.
iele inne. Lub-
mit dem be-
Anton Lang.

glück in

n, 17. Oktober.
hnhofs Cérences
Personenzug
feinen tan-
den Wagen des
Güterzuges wur-
geifende, fünf
s Zeichen ge-
er verzicht.

Aus der Heimat.

Zum Rektor ernannt.

§ Bocholt, 18. Oktober. Hauptlehrer Johann Wes-
fels an der Doerbergshule (Hilfschule) wurde zum
Rektor ernannt. Herr Wesfels ist bereits seit 4. März
1920 in Bocholt tätig. Am 1. Oktober 1928 übernahm
er die Leitung der Hilfschule, zu deren Hauptlehrer
er am 1. Juli 1928 ernannt wurde.

Zwei Altersjubilare.

§ Bocholt, 18. Oktober. Zwei aus der stattlichen
Reihe der Bocholter Senioren, die Herren Hermann
Konau (Bringelstraße 28) und Wilhelm
Steffen (Burggrafenstraße 14) konnten gestern in
guter körperlicher und geistiger Mithilfe ihren Ge-
burtsdag begehen. Herr Konau trat in sein 85., und
Herr Steffen in sein 84. Lebensjahr. Möge beiden ein
sonniger Lebensabend beschieden sein.

Sturm über Bocholt.

§ Bocholt, 18. Oktober. Ueber Bocholt und seiner Umgebung jagte gestern
der Sturm. Heulend stürzte er um die Sträßen und
trieb die Menschen schnell von den Sträßen. Ober er
jagte sie erst über die Sträßen, wenn nämlich der
Wind dem neuen Belourbut einen schiefen Streich
spielte und ihn über Wälder und Kinnale vor sich
her trieb. Ganz über das Land sind natürlich unsere
Damen. Sie schaukelten sich nicht vor dem Regen,
beißte nicht! Aber der Wind! Ja, ja, das ist der
Klug der... Das kommt von den kurzen Röcken.
Schwere Regenwolken trieb der starke Südwind vor
sich her. Mit Wolkenwände auf, bis auf den Gipfel
der Straße ein Schauer niederging. Ein und wieder
pölkerten Dachziegel auf die Sträßen, Schellen klir-
ten. Der Hauswirt schimpfte. Und doch! Es gibt
Zeitgenossen, denen dieses Wetter nicht gerade unwill-
kommen ist. Der Sturm, denken der Dachbeder und
der Glaser, sind die besten Arbeitgeber. Deshalb:
Loi hien!

Weshalb es eigentlich so stürmen muß, wollen Sie
wissen. Ich habe mich gestern darüber mit einem
Kirmesmann unterhalten, der mit dem Abbau seines
Karussells beschäftigt war und dem der Sturm hierbei
gar viel zu schaffen machte. „Wissen Sie“, meinte der
gutmütige Mann zu mir, „darüber braucht man sich
den Kopf doch nicht zu zerbrechen. Dem Petrus geht's
halt auch einmal so wie Ihnen, wie vielen anderen,
natürlich auch mir. Der trinkt sich auch einmal einen
und hat einem andern das Wettermachen überlassen,
der nichts davon versteht.“
So, jetzt wissen Sie, weshalb es gestern in Bocholt
so stürmisch war.

Milchstatistik.

Der Bocholter Jahresbedarf: rund 10 Millionen Liter.
p. Bocholt, 18. Oktober.

Nach einer für die Zeit vom 1. 4. 1931 bis 31. 3.
1932 aufgestellten Statistik betrug die gesamte in
Bocholt zum Verbrauch in den Verkehr gebrachte Milch
4 610 288 Liter, was einem Verbrauch je Kopf der
Bevölkerung von 138,5 Litern im Jahr oder 0,38 Liter
je Tag entspricht. Nach den bisherigen Schätzungen
beträgt der Milchverbrauch im Reichsbereich etwa
0,25 Liter je Tag, so daß der Durchschnittsverbrauch
in Bocholt um 0,13 Liter höher ist. Die zum Ver-
brauch und zur Verarbeitung nach Bocholt gelieferte
Milch betrug während des genannten Jahres insgesamt
5 828 284 Liter. Nach Abzug der zum Verbrauch ge-
lieferten Milch verbleiben 5 218 048 Liter, die in
Bocholt zu Milcherzeugnissen (Butter, Käse usw.) ver-
arbeitet wurden.

Bekämpfung des Kartoffelkrebes.

Eine Aufklärungsverammlung.

a. Bocholt, 18. Oktober.

Bereits des öfteren ist an dieser Stelle auf das
diesjährige sehr starke Auftreten des Kartoffelkrebes
im Stadtgebiet aufmerkend hingewiesen worden. Der
durch den Kartoffelkrebs entstandene Schaden ist ja den
betroffenen Anbauern am besten bekannt. Es darf wohl
mit Recht behauptet werden, daß durch das Auftreten
des Krebes mehrere 100 Zentner Kartoffeln als Speise-
zweck unbrauchbar geworden sind, was auf hart ver-
seuchten Böden noch ein erhebliches Ernteausschlag kommt.
Alle diese Nachteile sind durch den Anbau krebsresistenter
Kartoffelsorten zu vermeiden. In der im Einzelnen
bekanntgegebenen Versammlung sollen nun der
Kartoffelanbau durch einen Fachlehrer der Landwirt-
schaftsschule allgemein behandelt und Bestellungen auf
geeignetes Saatgut entgegengenommen werden. Da
ferner mit einer Weiterverbreitung des Kartoffel-
krebes in den nächsten Jahren zu rechnen ist, so ist der
Besuch der Versammlung allen Gartenbesitzern zu
empfehlen.

Gegen Wahlkampfunfitten.

Verhandlung des Heimatbildes.

x. Bocholt, 18. Oktober.

Der Verein für Heimatpflege schreibt uns:
Der bevorstehende Wahlkampf hat den Heimatbild-
Heimatbund veranlaßt, die Öffentlichkeit erneut auf
die Verhinderung des Heimatbildes durch Auswüchse
der Wahlpropaganda hinzuweisen. Nach heute ver-
zietten die vermittelten Wahlplakate von der letzten
Wahl die weitläufige Landschaft, eine traurige Wisen-
landschaft der Parteien, die jede Rücksicht auf das Heimat-
bild vollständig beseitigen lassen. Derartige Rundgebungen
sind in ihrer brutalen Aufdringlichkeit und bebaue-
licher, als sie oft gerade an hervorragenden Stellen,
an Felsen, Wäldern, wertvollen Baulichkeiten usw., und
zwar meist in unergänzlichen Farben, angebracht sind.
Oft sind diese unangenehmlichen Verunstaltungen so
vorgenommen, daß sie gar nicht oder nur unter erheb-
lichem Kostenaufwand entfernt werden können. — Die
Vorberückung der kommenden Neuwahlen muß eine
weitere Steigerung dieser Unsitte befürchten lassen. Das
heimatliche Volk kann und muß aber Unterstützung vor
der Heimat erwarten. Die Parteien werden des-
halb aufgefordert, ihren Angehörigen in diesem Punkte
Zurückhaltung aufzuerlegen und sich mit den im
religiösen Maße heute vorhandenen anderweitigen
Verbreitungen zu begnügen. — Die Behörden werden
gleichzeitig gebeten, entsprechende Maßnahmen zum
Schutze des Landschafts- und Ortsbildes vor unangenehm
Verunstaltungen der angegebenen Art zu ergreifen.

Auftrieb mit Hemmungen

in der Baumwollweberei.

— Bocholt, 18. Oktober.

Der Gesamtverband Deutscher Baumwollwebereien
G. V., Berlin, berichtet:

Die im August unter dem Einfluß der stark lei-
genden Baumwollpreise eingetretene Aufwärtsbewegung
hat im September infolge von Rückschlägen in den
Baumwollpreisen, aber auch durch die neue Verteilung
der innen- und außenpolitischen Lage eine Störung
erfahren.

Der Auftragslage

war zwar im Monat September immer noch wesentlich
besser als in den Monaten März bis Juli, vermochte
aber eine weitere Steigerung der Beschäftigung nicht
herbeizuführen. Verschiedene Abnehmer, die im August
im Vertrauen auf die neue Lage langfristige Aufträge
erteilten, verhielten sich im September weit vorsichtiger
und deckten nur ihren augenblicklichen Bedarf. Mit
Aufträgen traten vor allem der Großhandel und die
Konfektion hervor, während der Einzelhandel mit
Rücksicht auf die immer noch geschwächte Kaufkraft
weiter Beschränkungen in seinen Dispositionen
zurück hielt. Trotz der weit vorgeschrittenen Saison
arbeiteten die meisten Webereien vergrößert. Eine durch-
greifende Belebung hatten nur die Cordwebereien zu
verzeichnen, bei denen eine starke Nachfrage nach
Konfektionsstoffen, insbesondere aber nach modischen
Kunstfaser-Mischgeweben vorhanden war. — Das
Papierprogramm hat die Unternehmungslust vielfach

wieder belebt. Gerade kleinere Betriebe auf dem Lande
sind mit Neueinstellungen recht zuverlässig vorge-
gangen. Die Welle der Streikbewegung wirkte dann
wieder erheblich abdämpfend. Auch die Kontingen-
tierungspolitik der Reichsregierung wirkte durchaus
in der gleichen Richtung.

Die Bewegung der Gewedepreise

war uneinheitlich. Soweit eine Erholung sich
auch nach den neuerlichen Baumwollschwankungen be-
haupten konnte, zeigte sie nur in einzelnen Fällen
aus, um die seit langem absolut unzureichenden
Margen merklich zu verbessern. Die Wiedergewinnung
einer Preisbasis, die rentables Arbeiten ermöglicht, ist
aber eine der wichtigsten Voraussetzungen für eine
Minderung der Arbeitslosigkeit in der Baumwoll-
weberei. — Aus dem englischen Baumwollwebereiseit
hat die deutsche Baumwollweberei keine Gewinne ge-
zogen. Es dürfte auch die übrige europäische Baum-
wollindustrie nicht viel davon profitieren haben, da die
englischen Webereien noch über größere Lagerbestände
verfügen und deshalb ihre Exportlieferungen aufrecht
erhalten konnten. Die Ausfälle in der Rundschaft
haben wesentlich nachgelassen; überhaupt hat man den
Eindruck, als ob ein früherer Zug in dem ganzen Ge-
schäft zu spüren ist. Wie weit dies anhängt hängt davon
ab, ob es der Regierung gelingt, Vertrauen zu schaffen
und vor allem auch den Konsum anzukurbeln, damit er
nicht hinter der Produktion zurück bleibt.

Streitfälle vor dem Arbeitsrichter.

— Bocholt, 18. Oktober.

Das in letzter Zeit ziemlich stark beschäftigte
Arbeitsgericht gönnte sich auch am Kirmesdienstag
keine Ruhe, sondern erledigte fünf Fälle, wobei ihm
allerdings die Parteien insoweit schon erheblich ent-
gegenkamen, als die beiden ersten nicht erschienen
waren. Die Fälle wurden verlagert und alsdann über

Die Klage einer Hausangestellten

verhandelt, die bei einem im Amte Niedern an-
fälligen Landwirt in Diensten war, von diesem aber
wegen eines nicht erwiesenen Diebstahlsverbautes und
anderer Imponderabilien fristlos entlassen worden war.
Die Klage lautete auf 20 Mark Lohn und 43,40 Mark
Entschädigung für Kost und Logis. Das Gericht stellte
fest, daß ein fristiger Grund zu der fristlosen Entlassung
nicht vorgelegen habe, und verurteilte demgemäß den
Beklagten zur Zahlung von 63,40 Mark sowie der
Gerichtskosten.

Weniger Glück

hatte die zweite Hausangestellte, die ebenfalls angab,
fristlos entlassen zu sein, während sich im Laufe der
Verhandlungen herausstellte, daß sich das Mädchen

im Anschluß an eine an sich belanglose Zwistigkeit
selbst gekündigt hatte. Ihr vermeintlicher Lohnanspruch
in Höhe von 38 Mark wurde also verneint, dagegen
erklärte sich der Beklagte bereit, der Klägerin ein
ordnungsmäßiges Zeugnis auszustellen.

Um die Formalität einer Kündigung

ging es schließlich im letzten Falle. Zwei ältere An-
gestellte waren von einer Wharfer Firma nach langen
Dienstjahren, einer von ihnen war bereits über 40
Jahre dort beschäftigt, wegen Arbeitsmangels entlassen
worden. Das Kündigungsgeheiß trug kein Datum
und lediglich die Unterschrift eines der Inhaber, wäh-
rend im Handelsregister festgelegt ist, daß die Firma
— eine offene Handelsgesellschaft — bei Kündigungs-
fällen nur durch zwei Unterzeichneten vertreten werden
kann. Weiter wurde der Kündigungsgeheiß geltend ge-
macht, so daß beide ein Gehalt für 6 Monate ein-
forderten, für das sie allerdings auch zu arbeiten bereit
waren; ferner klagte einer der Inhaber auf eine Ver-
rechnung ein, das ihm 1. 1. gegeben worden sei,
nämlich die Zulage einer Lebensversicherung. Der Fall
wurde auf den 8. November verlagert.

Neue Herbstmoden.

Die Bocholter Geschäftswelt ist gerüstet.

(Schluß.)

Für die Dame.

Mit der Feder am Hut und dem Strähchen am
Ausschnitt soll in diesem Jahr die Saison des Ver-
gnügens und der Mode eröffnet werden. Ja, es steht
so aus, als bekämen wir wirklich, allen Wirtschaft-
lichen, Zeitnöten und Geldnöten zum Trotz, eine Mode
welchlicher Pures und verschwendetester Garnituren,
als bisher eine schwere Zeit eine leichte Mode,
trotz innerem Pessimismus den äußeren Optimismus
flatternder Feder und wippender Volants, und wenig-
stens der Kleidung jenen Reiz, der den Kassen so
bitter fällt. Und wenn auch die Gründe zu dieser
neuen Manifestation weiblicher Grazie und fräulicher
Anmut vermutlich tiefer liegen, wenn sie auch vielleicht
das Gegenwärtige zu dem tätigen, arbeitstreiben und
fast männlichen Leben der heutigen Frau schaffen soll,
so scheinen doch die Frauen in erfreulicher und reizender
Weise ihre vornehmste, netteste Pflicht zu erfüllen: sie
flechten und weben nicht nur himmlische Rosen ins
irdische Leben, sondern auch irdische Rosen, irdische
Fäden und irdische Schleißen in Kleider, Hüte und
Mäntel, und somit in das bunte Bild dieser bunteren
Tage. Dieser Wille zur Weiblichkeit, diese Rückkehr zur
Anmut zeigt sich am besten in der Kleider- und den
Formen vergangener und leichter Zeiten.

Der neue Herbstmantel.

Er muß jugendlich sein, sportlich und doch so fan-
tastisch, wie es in der Richtung dieser halb mädchen-
und halb damenhaften Mode liegt. Wieder ist der
Kragen das Bestimmende, doch nun heißt es sich ent-
scheiden zwischen den breiten, geschweiften Revers und
dem neuen, sehr originellen Schalragen, der vielleicht
die hübschste Erfindung der diesjährigen Mantelmode
bildet. Auf der einen Seite steht, scheint er ein Mittel-
ding zwischen Revers und Schal, ist überaus praktisch
und mit seinen breiten Steppnähten, die sich an den
Taschen und Ärmeln wiederholen, die passende Gar-
nituren eines schlichten, in sich gestrickten Kragens
und Mantels. Der Gürtel ist sehr hoch und ist
sehr breit — eine reizende und kleidende Neuheit für
schlanke Frauen, für die ja überhaupt diese Mode der
hohen Taille und breiten festen Gürtel gedacht und
geschaffen zu sein scheint. Die anderen müssen auf den
Gürtel verzichten.

Das Kleid.

In dem neuen Mantel, dem neuen Kleid, dem neuen
Hut ist jener Charme, jene Anmut, jene strahlende Ju-
riedenheit, die auch den hart getriebenen Gatten von
der wunderbaren Kraft der Mode und ihrer erkaun-
lichen Wirkung auf das eheliche Glück und den ehe-
lichen Frieden überzeugt. Für dieses eheliche Glück muß
man Opfer bringen. Die liebe Frau tut es, indem sie
Stunden und Stunden ihrer kostbaren Zeit mit den Be-
sorgungen ihrer neuen Ausstattung verbringt, dem
Gatten den gar nicht leichtesten, aber doch bequemsten
Teil dieser Arbeit, nämlich das Waschen überläßt, und

selbst der Qual der Wahl mit einer Hingabe obliegt,
die einer besseren Sache, zum Beispiel einem großen
Abendkleid würdig wäre. Sie begnügt sich aber mit
einem kleinen Abendkleid, nein, mit dem dunklen Nach-
mittagskleid für alle Fälle und Gelegenheiten. Gewiß,
auch dieses Nachmittagskleid ist schwarz oder, der nun
schon traditionellen Mode entsprechend, schwarzweil;
aber sieht denn Otto nicht, daß es ganz anders ist als
das vorjährige, ganz anders und viel moderner, viel
moderner und viel schöner? Schon der Stoff, das neue
Sammerstoffgewebe ist neu, und wirklich neu, wirk-
lich wichtig ist die Länge des Kleides, das nun wahr-
haftig bis an die Knie reicht, die Form der drei hüften-
betonten Volants, der mit großen Knöpfen überlein-
anderende Gürtel und der Ärmel. Auch das kleine
Tageskleid hat diese neuen Garnituren.

Der Hut.

In jedem Jahr im Hochsommer haben die Frauen
das gleiche merkwürdige Erlebnis, daß die modischen
Wünsche nicht mit der Jahreszeit konform gehen. In
den heißesten Hochsommermonaten, wenn sie sich gerade
freuen, die erlesenen breitrandigen Strohhüte und Batist-
hüte tragen zu dürfen, gönnen sie schon wieder Kappen
und kleine Hütförmchen aus Seide, Filz und Samt. In
diesem Jahr bilden schon sehr frühzeitig kleine Kappen
aus weichem Crepe de Chine und weichem Samt den
Ubergang zum Herbst, der ein ganzes Füllhorn über
uns ausgießt von reizenden, anheimeligen Toques —
wie man die neuen Kappen nennt, — von Revers und
turbanartigen Kopfbedeckungen, die nun schon seit einer
Reihe von Jahren in immer neuen reizvollen Formen,
farblich stets dem Geiste der Saison entsprechend, zum
erleuchten Bekande des fräulichen Fußschlages gehören.
Schwarzer und rubinroter Samt gilt als Favorit und
ist zum unerlässlichen Begleiter des schwarzen Herbst-
und Wintermantels ausgerufen. Noch immer läßt die
Toque klief auf dem Kopf und läßt leicht und rük-
wärts das Haar liegen.

Der Schuh.

Aus der bisherigen Entwicklung läßt sich darauf
schließen, daß eine Revolutionierung der Schuhmode für
den Herbst 1932 nicht zu erwarten ist. In der Haupt-
sache werden die dunkelbraunen und schwarzen Farben
mit einigen Verzierungen bei Damenschuhen bevorzugt.
Als neues Modell ist der sogenannte Reddighaus anzu-
sehen. Derselbe hat einen verlängerten Hinterrücken
und wird mit einer Spange oberhalb des Knöchels ge-
schlossen. Ferner wird der Dreifelhens aus in
dunklen Farben von den Damen gern getragen. Auch
Schuh aus echtem Elfenbeinleder sowie Schuhe mit
Wendungsverzierungen werden der Herbstmode ihre
Gepänge geben. Die Herren werden auch die dunklen
Farben, wie dunkelbraun, Schwarz, Braun, Chamois,
schwarz und schwarz Chamois bevorzugt. Als
Form wird in der Hauptsache die Korsettform getragen.
Für Regenwetter wird auch in diesem Jahre der
Kragen Schuh in halber und hoher Ausführung von den
Damen bevorzugt. Alles in allem besteht wenig Neigung
zu neuen Formen und Ausstattungen.

Die Winterhilfe beginnt!

Es ist stets ein Ehrenzettel der Bocholter gewesen,
daß sie, wenn die Not bei ihnen in irgend einer Form
anklopfte, halfen, so gut und soviel ein jeder konnte.

Not herrscht heute in Hunderten von Bocholter
Familien. Tausende sonst fleißige Hände sind müde,
weil jahrelange Arbeitslosigkeit sie zur Untätigkeit ver-
urteilt. Die Unterhaltungen, die ihnen von der öffent-
lichen Hand geboten werden, sind angesichts der großen
Wirtschaftsnot nur gering und können sich nur auf das
Mindestnötigste beschränken. Ein schwerer Winter
steht diesen Familien bevor.

Da muß geholfen werden!

Mitbürger! Heute tritt die Bocholter Winter-
hilfe mit einem

Aufruf

an die Öffentlichkeit heran. Dieser Aufruf der ver-
einigten Wohltätigkeits- und Wohlfahrtsvereine im
Stadtbezirk Bocholt und des städtischen Wohlfahrtsamts
wenden sich an alle, die irgendwie noch imstande sind,
hilfsreiche Hand zu leisten zur Binderung der Not im
bevorstehenden Winter.

Die Sammlungen werden wie in den früheren
Jahren durchgeführt. Einige Vereinsveranstaltungen
und der Blumentag am Kirmesmontag haben bereits
gute Erfolge gezeigt und gezeigt, daß der Wohlwille
teilnehmender Bocholter Bevölkerung noch wach ist.

Aber die Not ist im kommenden Winter größer
denn je.

Darum spende jeder, wenn die Winterhilfe
an ihn herankommt, nach besten Kräften!

Helft alle helfen!

„An die Stadtverwaltung Bocholt.“

a. Bocholt, 18. Oktober.

Auf die in dem heutigen Angelegenheit veröffent-
lichte Bekanntmachung des Oberbürgermeisters betr.
Anschrift der für die Stadtverwaltung bestimmten
Briefe, möchten wir auch an dieser Stelle hinweisen.
Es kommt wiederholt vor, daß die rein amtlichen In-
halts betr. Briefe mit der persönlichen Adresse des
Oberbürgermeisters oder eines anderen städtischen Be-
amten versehen sind. Im Falle einer Beurkundung,
Erkrankung usw. kann in der Bearbeitung der ge-
wünschten Angelegenheit sehr leicht eine Verzögerung,
vielleicht sogar auch ein Verlust der Schriftstücke ein-
treten, da selbstverständlich diese Briefe nur von dem-
jenigen geöffnet werden dürfen, an den sie adressiert
sind. Für die Stadtverwaltung bestimmte Briefe müssen
daher mit der Aufschrift „An die Stadtverwaltung
Bocholt“ versehen werden.

Wer ist Eigentümer?

p. Bocholt, 18. Oktober. Auf dem Fundamt (Kirch-
straße 5, Zimmer 2) wurden als gefunden angemeldet:
3 Herrenfahräder, 1 Doherrmann, 1 Bafard, 1 kleiner
Hund (weiß), 1 Damenarmbanduhr, 1 Paar Leder-
handschuhe, 1 Goldkette, 2 Goldketten mit Inhalt,
1 Kofenkrans, 1 Kinderfodenmantel, 1 Kinderhülle,
1 Lederhandtasche.

Sie brauchen Kirmesgeld.

§ Bocholt, 18. Oktober. In der Nacht zum Kirmes-
montag wurde bei einem Anwohner der Viktoria-
straße eingebracht und ein größerer Geldbetrag ent-
wendet. Die Diebe waren durch ein Fenster eingestiegen.

Die Polizei berichtet.

p. Bocholt, 18. Oktober. Auch der Kirmesmontag
ist ruhig verlaufen. Der Verkehr auf den Kirmes-
plätzen und in den Sträßen war besonders in den
Nachmittags- und Abendstunden lebhaft, wogegen die be-
setzte Wetter beigetragen hat. Die Polizei brachte nur
in einem Falle einzuschreiten, um Täuschungen, die in
einem Lokal auszubrechen drohten, zu verhindern. In
einer Wirtschaft in der Kavarabstraße wurde
einer Dame die Handtasche gestohlen.

Unfall auf dem Kirmesplatz.

§ Bocholt, 18. Oktober. Beim „Rangieren“ eines
Wohnwagens geriet gestern ein Aussteiger mit einem
Fuß unter ein Rad des Wagens. Er wurde so schwer
verletzt, daß er einen Arzt in Anspruch nehmen mußte.

Beförderung von Personen mit ansteckender Krankheit in den Kraftposten.

— Bocholt, 18. Oktober. Aus Anlaß der in letzter
Zeit in verschiedenen Orten aufgetretenen Erkrankungen
an spinaler Kinderlähmung ist die Frage aufgeworfen
worden, ob Personen, die an einer solchen Krankheit
leiden, wegen der damit verbundenen Ansteckungs-
gefahr mit dem öffentlichen Verkehrsmitteln befördert
werden dürfen. Bei der Deutschen Reichspost sind nach
§ 53 der Postordnung vom 30. 1. 1929 Personen mit
ansteckender Krankheit von der Beförderung in den
Kraftposten jeder Art ausgeschlossen. Zuwiderhandeln-
den für die daraus entstehenden Folgen zu haften.

Sparguthaben, kein Grund für Unterhaltungs kürzung.

x. Bocholt, 18. Oktober.

Es bestanden bisher Zweifel hinsichtlich der Be-
urteilung eines Sparguthabens von Arbeitslosen
unter dem Gesichtspunkt der Bedürftigkeitsprüfung.
Nunmehr hat das Reichsarbeitsministerium angeordnet,
daß bei der Prüfung der Hilfsbedürftigkeit in der
Arbeitslosenunterstützung ein kleineres Vermögen des
Antragstellers außer Anlaß bleiben soll. Hierunter
fallen zweifellos auch Guthaben von arbeitslos ge-
wordenen Arbeitnehmern bei öffentlichen Sparkassen,
die ja gerade im Hinblick auf solche Notzeiten zurück-
gelegt sind. Es besteht daher kein Grund für Unter-
stützung, anzunehmen, daß ihnen durch den Besitz ihres
Sparguthabens Schwierigkeiten bei der Bedürftigkeits-
prüfung gemacht würden.

Apotheke, Nordstr. 11

det. In 1931
Worte des I
angen Hebrö
Rätselraten
abt haben? I
trotz aller E
Rede des P
ebot an den
leicht von He
enberg-Pap
oder fünf J
ationalen bis
nennen?" Was
auffallend, n
Münfteri
gebot an
erblicken w
Eugenberg-A
daß ein sol
n gesehe
n glaubt aus
nsführers au
eine „Neu
damit angekl
sdinges auf
gleiches Zug
eine Annäh
erung Pape
e, weil er na
Auswahl t
auch des Z
verschieden
ierungen de
ationalen Pre
eren. Es sch
chnationalen
mache auf
stisch nat
en. Daß ein
hsregierung r
die Ausfü
onalsozialist
" schließ
der Reichsreg
wird sogar b
erung und de
oen gepö
meind die C
beraufrichtu
n, diese auch
tit nach kei
tet, daß man
zurückgreife
en, indem m
verbietet
ültig erklä
mit einem so
politisch-par
es stehen ein
nfach durch
der Rechte
nüber. Man
der Kommun
schaden, son
diese Weise
iffen werden